

PRRI und Landwirte-Verbände äußern ihre Besorgnis über die EU-Richtlinien und Verordnungen zu GVO

Am 16. Oktober 2013, dem Welternährungstag, habe ich im Namen von mehreren europäischen Landwirte-Verbänden und der PRRI an die Präsidenten der EU-Institutionen einen Brief geschrieben. Darin äußern wir unsere tiefe Besorgnis über die Auswirkungen, die die gegenwärtigen EU-GVO-Strategien und Vorschriften auf die Potenziale der modernen Biotechnologie und damit auf die Stärkung der nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion haben.

Wenn die EU Landwirtschaft nachhaltiger und weniger abhängig von landwirtschaftlichen Importen werden möchte, dann brauchen die Landwirte Zugang zu Sorten, die weniger Pestizide benötigen, mehr Ertrag pro Hektar produzieren, weniger mechanische Bodenbearbeitung erfordern, den Auswirkungen des Klimawandels standhalten, usw.

Die Entwicklung solcher Sorten kann nicht allein durch konventionelle Züchtung erfolgen. Die moderne Biotechnologie kann erheblich zur Erreichung dieser Ziele beitragen, und in einigen Fällen stellt sie die einzige mögliche Lösung dar.

Im Jahr 1990 hat die EU ein Regulierungssystem für GVO aufgebaut, in dem eine wissenschaftlich fundierte Risikobewertung die Grundlage für eine fundierte Entscheidungsfindung bildet. Einige Jahre funktionierte dieses System so wie es konzipiert wurde: Entscheidungen wurden in den vorgegebenen Zeitrahmen getroffen und basierten auf einer seriösen Wissenschaft.

Doch seit Mitte der 90er Jahre haben einige Mitgliedstaaten und EU-Institutionen, als Reaktion auf die öffentliche Besorgnis und verschiedene Lebensmittelbereiche, eine sehr kontraproduktive Politik in Bezug auf GVO eingeschlagen.

1. Kontinuierliche Verschärfung des Regulierungssystems.

Trotz der Ergebnisse der umfangreichen biologischen Sicherheitsforschung innerhalb und außerhalb der EU und dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf Hunderten von Millionen Hektar in vielen verschiedenen Regionen weltweit, verschärfte die EU die regulatorischen Anforderungen, ohne jegliche wissenschaftliche Begründung.

Die Regelungen sind zu einer unnötigen, unüberwindbaren Hürde für öffentliche Forschungseinrichtungen geworden. Der Bericht vom Juni 2013, der von Akademien der Wissenschaften von 25 EU Mitgliedsstaaten, die in der EASAC vereint sind, verfasst wurde, formuliert es so: "Zeit- und kostenintensive Rechtsrahmen in der EU werden durch eine Politisierung der Entscheidungsprozesse, die durch die Mitgliedstaaten und andere politische Unstimmigkeiten ausgelöst wurden, verschärft ...".

Neben der Politisierung bewegt sich die Risikobewertung allmählich weg von dem Grundsatz wissenschaftlich fundiert zu sein. Einige Mitgliedstaaten, und manchmal auch die EFSA, fragen ständig nach mehr und mehr wissenschaftlichen Daten und Tests, ohne ein wissenschaftlich fundiertes Szenario, sondern nur auf Grund undefinierter "Unsicherheiten". Dies scheint auf dem "genomischen Missverständnis" begründet zu sein, d.h. dem Missverständnis, dass genetische Transformation mehr unbeabsichtigte Änderungen in den Genomen hervorruft als eine natürliche Kreuzung.

Wir fordern die EU auf, zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen als Grundlage für die Entscheidungsfindung zurückzukehren, die Risikobewertung wieder als "wissenschaftlich fundiert" anzuerkennen, und zu akzeptieren, dass die gesammelten wissenschaftlichen Beweise eine Reduzierung der regulatorischer Anforderungen rechtfertigt.

2. Verzögerung der Entscheidungsfindung.

Trotz positiver Gutachten der EFSA gibt es viele Dossiers, die die Europäische Kommission - manchmal schon über viele Jahre hinweg - noch nicht zur Abstimmung durch die Mitgliedstaaten vorgelegt hat, so wie es die Regeln verlangen.

Das Nicht-Einreichen von Unterlagen für eine Abstimmung stellt eine Verletzung der EU-Vorschriften dar, wie eine aktuelle Entscheidung des Europäischen Gerichtshof deutlich gemacht hat und es entzieht EU-Landwirten von vornherein die Wahlfreiheit.

3. Erlassen von Verboten, ohne wissenschaftliche Begründung.

Einige Mitgliedstaaten haben die "Schutzklausel" zum wiederholten Male angewendet, die die vorläufige Untersagung von GVO gestattet, sobald neue wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hindeuten, dass ein Risiko besteht. Wie die EFSA gezeigt hat, gab es für keines dieser Verbote eine wissenschaftlich-stichhaltige Begründung. Die Gründe für diese Verbote waren rein politischer Natur, wie der „Kuhhandel“ zwischen Präsident Sarkozy und der Öko-Bewegung, bei der die GV-Technologie verboten wurde, um die Kern-Technologie beizubehalten.

Schlimmer noch – die Kommission erhält vom Rat keine Unterstützung, die Mitgliedstaaten zu zwingen, die Gesetze einzuhalten. Um die Situation ganz zu verwirren, präsentiert die Kommission einen Vorschlag zur "Nationalisierung", der diejenigen belohnen würde, die die bestehenden Regeln ignorieren.

4. Unterstützung dubioser Biosicherheitsforschung

Im vergangenen Jahr veröffentlichte eine französische Gruppe einen Artikel, welcher angeblich darauf hinweist, dass Ratten an Krebs erkrankten nachdem sie GV Pflanzen verzehrt haben. Der Artikel wurde umgehend von der EFSA und anderen Wissenschaftlern und Behörden in den Mülleimer verbannt, da die Methodik der Studie grundlegend fehlerhaft war, die Daten falsch interpretiert wurden und die Schlussfolgerungen dementsprechend unbegründet sind. Dennoch stellen einige Abgeordnete diese Forschung nach wie vor zur Schau und die Kommission hat kürzlich erhebliche Mittel dafür bereit gestellt, die praktisch eine Wiederholung dieser genannten Forschung bedeutet. Dies ist eine Verschwendung des Forschungsbudgets, ein Missbrauch von Labortieren und befeuert die Diskussion, dass die Behauptungen des Französischen Artikels wahr ein könnten.

Zusammenfassung der Konsequenzen der EU GVO Politik:

Im Gegensatz zu ihren Konkurrenten außerhalb der EU, haben die Landwirte der EU keinen Zugang zu GV-Sorten, welche die Produktivität steigern könnten und gleichzeitig die Umwelt weniger belasten.

Es herrscht eine anhaltende Abwanderung von hochqualifizierten Wissenschaftlern, was einen ständigen Niedergang eines wichtigen Innovationszweiges der EU zur Folge hat und letzten Endes zum Absterben führen kann. .

Europa bleibt ein wichtiger Importeur von Lebens- und Futtermitteln, was wiederum Folgen für die Menschen in den Entwicklungsländern hat.

Die Glaubwürdigkeit des EU-Binnenmarktes, welcher Wahlfreiheit garantiert, sowie das EU-Regulierungssystem sind stark von dieser Politik betroffen.

Wir rufen die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten dazu auf, eine umfassende, ganzheitliche und längerfristige Sicht auf die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln, Futtermitteln und Biomasse vorzunehmen und die GVO-Richtlinien und Verordnungen dementsprechend anzupassen.

Em. Prof. Marc baron Van Montagu,
Träger des Welternährungspreises 2013
Vorsitzender der Initiative der Öffentlichen Forschung und Regulierung (PRRI)

Weitere Details finden Sie in dem offenen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission, an den Europäischen Rat und an das Europäische Parlament.